

Ingo Bode: Die Infrastruktur des postindustriellen Wohlfahrtsstaats.

Organisation, Wandel, gesellschaftliche Hintergründe

Christian Spieß (Berlin)

So viel einerseits vom Wandel des Wohlfahrtsstaats die Rede ist, so wenig wird andererseits dieser Wandel in seinen verschiedenen Facetten umfassend und präzise beschrieben. Das liegt gewiss auch daran, dass der Terminus ‚Wohlfahrtsstaat‘ an sich mit unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen in Verbindung gebracht wird und in verschiedenen Diskursen thematisiert wird, nämlich in politisch-philosophischen, sozialpolitischen, soziologischen und nicht zuletzt in den Diskursen der angewandten Politik. Normative Vorannahmen und ideologische Voreingenommenheiten fließen ebenso in die Auseinandersetzung mit dem Wohlfahrtsstaat ein wie jeweils fachwissenschaftlich geprägte Perspektiven. Solche Standpunkte und Perspektiven können nicht ausgeblendet werden, aber es gehört zu den großen Vorzügen des hier besprochenen Bandes von Ingo Bode, Professor für Sozialpolitik mit Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen am Institut für Sozialwesen des humanwissenschaftlichen Fachbereichs der Universität Kassel, die entsprechenden Schwierigkeiten offenzulegen und zu benennen.

So wird etwa im ersten Kapitel auf die eben beschriebene Tatsache verwiesen, dass der Wohlfahrtsstaat ein „schwer durchschaubare[r] Gegenstand“ sei, um dieser Diagnose dann sogleich eine präzise und plausible sowie leicht nachvollziehbare und weithin anschlussfähige Definition des Wohlfahrtsstaats folgen zu lassen; dabei setzt der Autor von vornherein Akzente auf die Infrastruktur des Wohlfahrtsstaats und auf das Motiv der Daseinsvorsorge, das zu einer Art Leitmotiv des Bandes entwickelt wird. Bode weist mit diesen besonderen Akzenten auf deren seines Erachtens hohe Relevanz hin, distanziert sich damit jedoch keineswegs grundsätzlich vom Mainstream des sozialpolitischen Wohlfahrtsstaatsdiskurses: Es könne „festgehalten werden, dass soziale Daseinsvorsorge – wenigstens hierzulande – staatsnah, aber nicht staatszentriert, organisiert wird. Der Gesetzgeber kodifiziert zwar einen

Großteil der Inhalte und Verfahren zur organisierten Bearbeitung“ der Risiken des menschlichen Daseins. „Gleichzeitig erweist sich die Bewerkstelligung und Feinsteuerung der Risikobearbeitung jedoch als äußerst pluralistisch, nicht zuletzt im Hinblick auf die praktisch an ihr beteiligten Instanzen. Wer hier wie und mit welchen Implikationen zuständig ist – also der konkrete Zuschnitt der Infrastruktur, in der soziale Daseinsvorsorge organisiert wird – spielt eine nicht unerhebliche Rolle für das, was der Wohlfahrtsstaat letztlich zu Stande bringt.“ (S. 30) Man könnte sagen, der eingeschobene Satz beschreibt, um was es in dem Band geht: Um den konkreten Zuschnitt der Infrastruktur, in der soziale Daseinsvorsorge organisiert wird.

Im ersten Kapitel werden konzeptionelle Grundlagen des Wohlfahrtsstaats und seiner Infrastruktur erörtert, d.h. es enthält Voraussetzungen für die weitere Auseinandersetzung mit der wohlfahrtsstaatlich organisierten Daseinsvorsorge in Deutschland. Besonderes Augenmerk liegt auf dem welfare mix des deutschen Sozialmodells, in dem sich soziale Daseinsvorsorge „häufig im Kontext ineinandergreifender Handlungssphären“ vollziehe (S. 71; vgl. S. 72-78). Diesen Mix beschreibt der Autor im Hinblick auf seine „Organisationsformen“, zunächst auf verschiedenen politisch-administrativen Ebenen, dann im Bereich der „staatsnahen Körperschaften des öffentlichen Rechts“ (z. B. Deutsche Rentenversicherung oder Gesetzliche Krankenversicherung; S. 73), im Bereich der frei-gemeinnützigen Nonprofit-Organisationen (in Deutschland, in dessen Sozialmodell dieser Organisationstypus neben den staatsnahen Körperschaften eine besonders wichtige Rolle spielt, vor allem die Freien Wohlfahrtsverbände) sowie erwerbswirtschaftlich funktionierende Unternehmen (wie private Pflegedienste oder private Krankenhausunternehmen) (vgl. auch die Übersicht S. 77). In einer Art Zeitdiagnose werden Entwicklungen des postindustriellen Zeitalters skizziert (sowie dessen Unterschiede, aber auch Kontinuitäten im Vergleich zum Industriezeitalter).

Während dieses erste Kapitel tendenziell den Charakter eines Lehrbuchs hat, überschreitet das ausführlichere zweite Kapitel diesen Lehrbuchcharakter in Richtung umfassender Darstellungen und Analysen des deutschen Wohlfahrtsstaats. Nach einer Übersicht über Elemente (beim Autor: „Eckpfeiler“; S. 100) des deutschen Sozialstaats bestechen vor allem die umfangreichen Darstellungen von „Trägerclustern“ nebst ihrer organisationalen Strukturlogiken sowie daran anschließend von „Einzelportraits“ bzw. beispielhaften Einzeldarstellungen, die die Funktion deutscher Sozialstaatlichkeit illustrieren. Der Autor beansprucht durchaus, „(nahezu) das gesamte Organisationsspektrum des deutschen Wohlfahrtsstaats“ abzubilden (S. 127). Natürlich können (und wohl auch: sollen) dabei keine ganz sauberen Abgrenzungen vorgenommen werden, obwohl solche Abgrenzungen, wenn es etwa um partiell privat-gewerbliche Orientierungen in Freien Wohlfahrtsverbänden geht, gerade die eigentlich virulente Frage der organisationalen Strukturlogik bilden können. Dies verweist aber zurück auf eine „außerordentliche Bandbreite von Trägerprofilen und Organisationsformen“ (S. 171). Diese Feststellung ist keineswegs so trivial, wie sie auf den ersten Blick klingen mag, denn die „Bandbreite“ bedeutet

zum einen „eine je spezifische organisationskulturelle Einfärbung der fraglichen Träger und andererseits eine je unterschiedlich herausgebildete Handlungssouveränität. Nur in dieser Pluralität kann – zumal der deutsche bzw. kontinentaleuropäische – Wohlfahrtsstaat begriffen werden. Die „eingehende Inspektion der Organisationslandschaft der sozialen Daseinsvorsorge [führt] vor Augen, dass Wohlfahrtsstaatlichkeit mehr ist als ein Ergebnis schlichter Regierungstätigkeit. Vielmehr ist sie maßgeblich von jenen geprägt, die sie praktisch ‚leben‘.“ (S. 172) Wiederum detailliert und präzise sowie außergewöhnlich anschaulich wird diese in die Sozialstaatlichkeit eingelassene Pluralität anhand der sozialstaatlichen Subsysteme Alterssicherung, Arbeitsmarktintegration, Pflege und Gesundheitsversorgung, Bewältigung von Behinderung und Invalidität sowie „lebensweltorientierte soziale Hilfe“ ausbuchstabiert. Nicht ganz klar wurde dem Rezensenten lediglich, welchen Status an dieser Stelle die Überlegungen zur „Meta-Koordination in der Infrastruktur sozialpolitischer Willensbildung“ (S. 200-202) für die Gesamtdarstellung haben. Zwar wird den Prozessen dieser Meta-Koordination noch eindeutig das korporatistische Modell zugeordnet, zugleich aber wird angedeutet (und im Text ja auch wiederholt an Einzelphänomenen gezeigt), dass der Umbau „der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur in Richtung mehr Markt und Wettbewerb“ seit den 1990er Jahren bleibenden Einfluss auf das deutsche Sozialmodell gehabt hat.

Dass der Autor das korporatistische Modell durchaus nicht ganz verabschieden möchte, gleichwohl von für „das Innenleben des deutschen Wohlfahrtsstaats [...] markanten Veränderungsdynamiken“ (S. 202) ausgeht, macht er im dritten Kapitel deutlich, in dem er den „Infrastrukturwandel im Wohlfahrtsstaat“ thematisiert. Dies geschieht wiederum in einer höchst differenzierten und umfassenden Weise, sowohl im Hinblick auf die Einkommensersatzsysteme als auch im Hinblick auf die Dienstleistungsbereiche des Wohlfahrtsstaats. Hier zeigt sich der völlig stringente Aufbau des Bandes, wenn der Autor nun direkte Verbindungen vom grundlegenden ersten Kapitel über die Analyse des zweiten Kapitels zu den Entwicklungstendenzen dieses dritten Kapitels herstellen und Veränderungen in den verschiedenen sozialstaatlichen Funktionen präzise aufweisen kann. Im Einzelnen kann dies hier unmöglich dargestellt werden. Im Wesentlichen geht es um einen – der sehr unterschiedliche Organisationsformen umfassenden und weit gefächerten Infrastruktur des Wohlfahrtsstaats entsprechend ungleichzeitig und uneinheitlich verlaufenden – „Übergang in einen post-korporatistischen Modus wohlfahrtsstaatlicher Meta-Koordination“ (S. 314). Partielle Kontinuität steht neben mehr oder weniger ausgeprägtem ‚Wandel ohne Auflösung‘, wobei Bode in den Einzeldiagnosen (von Kommodifizierung bis Aktivierung, Schub mit den Reformen um die Jahrtausendwende etc.) nicht grundsätzlich von verbreiteten Darstellungen abweicht. In derart umfassender, dabei sachlicher und unaufgeregter, gleichwohl nachdrücklicher und intensiver Weise war ein Überblick über die Grundstruktur und über den gegenwärtigen Wandel des deutschen Wohlfahrtsstaats selten zu lesen.

Manche Passagen des Buches haben Lehrbuchcharakter, wenn etwa die unterschiedlichen Aspekte eines weiten Verständnisses des Terminus ‚Wohlfahrtsstaat‘

oder ‚Die Gestalt der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur‘ (im ersten Kapitel) thematisiert werden. In anderen Teilen werden umfassende wissenschaftliche Analysen entfaltet, wobei durchaus ein Bezug zur Praxis der ‚Wohlfahrtsakteure‘ gegeben ist. Vor allem das dritte Kapitel bietet dann einen umfassenden informativen Einblick in die diversen Organisationstypen europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit, wobei – ungeachtet der gebotenen Seitenblicke über die Grenzen hinaus in andere Wohlfahrtsstaatskonzeptionen – der Schwerpunkt ganz eindeutig auf deutschen Gegebenheiten und Entwicklungen liegt. Für wissenschaftlich orientierte Leser_innen, für Forschung, Lehre und Studium, bietet das Buch ebenso einen erheblichen Gewinn wie für Akteure der Sozialpolitik und ambitionierte Praktiker_innen, die sich über das Feld, in dem sie tätig sind, genau vergewissern wollen.

Eine im engeren Sinne normative, d.h. gerechtigkeitstheoretische, sozialetische oder politisch-philosophische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der staatlich zu verantwortenden Daseinsvorsorge steht nicht im Zentrum des Bandes, auch wenn dies an manchen Stellen sicher weiterführende und bereichernde Perspektiven eröffnet hätte, etwa im dritten Kapitel über verschiedene Entwicklungstendenzen des Wohlfahrtsstaats, die ja jeweils durchaus aus guten Gründen legitimierbar sein könnten. Beispielsweise gilt das für die Frage, in welchem Maße „[m]arktinduzierte Ungleichheiten“ (S. 332) hinzunehmen sind, zu der es ja nicht nur „in diesem Ideengebäude“ des (Neo-)Liberalismus (S. 332; vgl. auch S. 331-336), sondern auch in unterschiedlichen Gerechtigkeitstheorien aufschlussreiche relevante Meinungen gibt.

Umgekehrt muss gerade aus der Perspektive einer gerechtigkeitstheoretisch orientierten sozialpolitischen Position dieses Resümee des Autors alarmierend wirken: „Unter dem Strich finden in der postindustriellen Konfiguration die Belange unterer Bevölkerungsschichten heute weniger Berücksichtigung als in der hochindustriellen Phase. Anders gewendet: In der neu ‚aufgestellten‘ Zivilgesellschaft werden diese Bevölkerungsgruppen in vielerlei Hinsicht nicht mitgenommen.“ (S. 349f.) Noch nicht klar ist nach Auffassung Bodes, ob wachsende soziale Ungleichheiten künftig toleriert werden, oder ob, „sobald sich die Nachwirkungen des Infrastrukturwandels deutlicher zeigen, schon bald der Rückwärtsgang eingelegt“ wird (S. 24). Der Autor wirbt angesichts dieser Diagnose dafür, „die Zukunft des postindustriellen Wohlfahrtsstaats als einigermaßen offen zu begreifen“ (S. 24).

Bode, Ingo (2012), *Die Infrastruktur des postindustriellen Wohlfahrtsstaats. Organisation, Wandel, gesellschaftliche Hintergründe*, Wiesbaden: Springer VS., 390 S., ISBN: 978-3-531-19427-1, EUR 39,90.

Über den Autor

Christian Spieß hat Religionspädagogik, Kath. Theologie und Philosophie studiert und mit einer Arbeit zur Sozialethik des Eigentums im Fach Sozialethik und Anthropologie promoviert. Christian Spieß ist Professor für Ethik und Anthropologie an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Geschäftsführer des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören neben Sozialstaatlichkeit und Freier Wohlfahrtspflege auch Gesundheitsethik und Gesundheitsökonomik sowie die Rolle der Religionen in modernen säkularen Gesellschaften.

Über www.ethikjournal.de

EthikJournal ist eine Onlinezeitschrift für Ethik im Sozial- und Gesundheitswesen. Ausgehend von aktuellen Themen werden grundlegende theoretische und handlungsorientierte Fragen zur Diskussion gestellt. Die Zeitschrift erscheint online zu jedem 15. April und 15. Oktober eines Jahres. Herausgeber der Zeitschrift ist das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP).

ISSN 2196–2480

Zitationsvorschlag

Spieß, Christian (2013), Rezension zu Ingo Bode, Die Infrastruktur des postindustriellen Wohlfahrtsstaats. Organisation, Wandel, gesellschaftliche Hintergründe, in: *EthikJournal*, 1 (2013) 2, Download unter: [Link zum pdf-Onlinedokument](#) (Zugriff am).